

Rostocker Signal

Den eigenen Statuten zufolge hat der Deutsche Bühnenverein das Ziel, die einzigartige Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten und zu pflegen. Und dennoch hat das Volkstheater Rostock seine Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung gekündigt. Warum? Weil wir der Meinung sind, dass die deutsche Theaterlandschaft mit einem Strukturwandel konfrontiert ist, für den die Politik der Besitzstandsverbände nicht nur keine Antwort hat, sondern ihn sogar kontraproduktiv verschärft.

Der Austritt anlässlich des Tarifabschlusses für Orchester mit einer Vergütungserhöhung von 8,9 Prozent ist existenzsichernd für das Rostocker Volkstheater – und kann gleichzeitig das Signal einer Debatte sein, ob und wie das bestehende Theatersystem zu reformieren ist. Als Institution folgt Theater einer veränderlichen (also immer auch veränderbaren) Wahrheit, die sich freilich in Lobbyverbänden und fixierten Organisationsformen scheinbar ewig institutionalisiert hat.

Dabei sind die Probleme evident, und sie sind struktureller Natur.

Strukturell, weil das staatlich finanzierte Theatersystem eine Funktion des intervenierenden Wohlfahrtsstaates ist, der einen massiven Umbau erlebt. Die „neosoziale“ Politik des überschuldeten Staates zeigt in immer mehr Theatern und Ensembles ihre Wirkung. Das weiß auch der Bühnenverein. Unter anderem hat unlängst Marion Tiedtke die Krisensymptome in einem Vortrag vor dessen Intendantengruppe zusammengefasst: „Es wird alles dafür getan, damit das Theater nach außen funktioniert wie eh und je, dabei tut es dies nach innen längst nicht mehr: Die Gagen sind eingefroren oder sogar zurückgefahren, die Ensembles verkleinert und verjüngt, Theaterberufe weggespart, Probenzeiten verkürzt, Angebotsformate vervielfältigt, die Zuschauerklientel geschrumpft, die Spieltage erhöht, die Probenprozesse ineinander verschachtelt (...). Beides, unsere Legitimationsversuche in der öffentlichen Debatte und unsere Effizienzbemühungen in den eigenen Betrieben, sind an ein Limit gekommen: Die Theater sparen, um nicht weggespart zu werden, und sparen sich dadurch selber weg.“

Diese fatale Logik wird durch eine Verbandspolitik befeuert, die sechzig Jahre lang funktioniert hat – und nun ratlos vor einer Situation steht, auf die der Bühnenverein nur eine einzige Antwort kennt: „Mehr Geld!“ Dem würde man sich zu gern anschließen, wenn es nicht augenscheinlich wäre, dass es mehr Geld vom Staat nicht geben wird, jedenfalls nicht für alle. Während die Kostenstrukturen der Spitzenhäuser (mit ihrem System der „Stars“, für die es genauso wenig Tarife gibt wie für die

Gehälter der Führungskräfte) explodieren, implodieren sie für Theaterbetriebe, deren Rechtsträger strukturschwache Kommunen sind. Ausgelöst wird dies von einer durch Bühnenverein und Gewerkschaften getragenen flächendeckenden Tarifpolitik, die zur Bestandssicherung erfunden wurde – und heute das Gegenteil erzeugt: Existenzbedrohung.

Sogenannte Normarbeitsverträge sind Tarifbestandteil geworden, und darin wird – für alle Betriebe unterschiedslos verpflichtend – die ewige Gewährung der Abschlüsse des öffentlichen Dienstes verbürgt. Doch drei Prozent Erhöhung der Personalkosten eines Theaters, die 80 Prozent seiner Gesamtaufwendungen ausmachen, können durch Steigerungen der Einnahmen, die durchschnittlich nur 15 Prozent des Haushalts refinanzieren, nicht ausgeglichen werden. Wenn die Gesellschafter der Theater ihren Zuschuss nicht erhöhen, müssen Infrastruktur und Personal abgebaut, die frei verhandelten Gagen für die Solisten gesenkt werden.

Um dies zu vermeiden, wird zunehmend auf Einzellösungen ausgewichen. Tatsächlich ist der Flächentarif heute von einer Vielzahl von Haustarifabschlüssen durchlöchert, denn faktisch sind ganze Bundesländer aus der automatisierten Lohndynamisierung ausgetreten. Die regelmäßig vom Bühnenverein gemeinsam mit den Gewerkschaften offerierte Option eines Haustarifs erweist sich jedoch als Scheinlösung: Für wenige Jahre wird der Tarifautomatismus gemildert, doch nur zum Preis einer Fixierung der bestehenden Betriebsstrukturen. Nach Ablauf wartet die gleiche Kostenfalle wie vorher – oder schlimmer.

Der Bühnenverein verkündet: Wer aus ihm austrete, verabschiede sich „endgültig von der sozialen Verantwortung für seine Künstler“. Doch verantwortlich auf die politische Situation Rostocks zu reagieren, dazu sah sich der Bühnenverein nicht in der Lage. Das Volkstheater Rostock ist ausgetreten, gerade um sich der sozialen Verantwortung zu stellen. Rostock will es anders machen. Was der Kunst und den Künstlern helfen würde, ist eine Tarifstruktur, die Leistungen ermöglicht statt sie zu schwächen. Kunst kann nicht evaluiert werden – aber sie braucht Wettstreit: Sie braucht Anreiz und Risiko. Verwaltungstarife braucht sie nicht.

Die Monokultur einer Mischung von Etatismus, Tarifautomatismus und Staatstheaterdogma hat keine Zukunft. Mit oder ohne Bühnenverein – wir brauchen Wandel durch neue Ideen! //

Stefan Rosinski und Sewan Latchinian

Die Theater sparen, um nicht weggespart zu werden, und sparen sich dadurch selber weg.